

## **K1NEU Think global, act local! Unser Kommunalverständnis 2020**

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 12.11.2019  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

### **Antragstext**

#### **1 Bereit, Entscheidungen zu treffen!**

2 Was für Zeiten, in denen wir leben und aufwachsen: Klimakrise, soziale  
3 Ungerechtigkeit und Artensterben und und und.

4 Nicht nur einmal haben wir in der vergangenen Zeit gehört, dass wir die letzte  
5 Generation sind, die noch tatsächlich etwas ändern kann. Wir sind uns dieser  
6 Verantwortung bewusst und ducken uns nicht weg!

7 Diese großen Herausforderungen lösen sich eben nicht von alleine und lassen sich  
8 nicht nur durch politisches Handeln auf Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene  
9 lösen.

10 Wer die großen Herausforderungen unserer Zeit lösen möchte, muss große  
11 Entscheidungen treffen. Ob in Europa, Bund, Land oder Kommune.

12 Große Entscheidungen haben immer Konsequenzen im Kleinen.

13 Wie sich die Herausforderungen im Konkreten darstellen, ist unterschiedlich. So  
14 unterscheiden sich die Herausforderungen möglicherweise auch zwischen Stadt und  
15 Land.

16 Ob in Münster oder Monschau gilt es jetzt anzufangen und die Missstände zu  
17 bekämpfen.

18 Andersrum erscheint es so, als ob nicht jede kommunale Frage eine globale  
19 Relevanz hat. Auf den ersten Blick ist dies richtig. Wir als Grüne Jugend sehen  
20 aber nicht nur den globalen Kontext, sondern wollen auch besonders auf die  
21 Menschen in Stadt und Land eingehen. Für uns haben kommunale Entscheidungen  
22 höchste Relevanz, wenn es darum geht, lokale Herausforderungen aus Sicht der  
23 Menschen zu überwinden.

24 Wenn es für die kleine Frieda keinen Kita Platz gibt, ändert das zwar nichts an  
25 den großen Problemen unserer Zeit, wie dem Abbrennen und Roden des Amazonas; es  
26 wäre aber anmaßend diese Krisen im Lokalen klein zu reden oder gar zu  
27 ignorieren.

28 Aufgrund dessen wollen wir als GRÜNE JUGEND NRW Entscheidungen treffen. Für die  
29 Menschen in Stadt und Land aber auch für eine globale Veränderung. Die  
30 Kommunalwahlen 2020 stehen in den Startlöchern und wir sind bereit Verantwortung  
31 zu übernehmen!

32 **Damit die Betreuung nicht der Fernseher übernehmen muss.**

33 Häufig scheint es so, als ob sich der Stadtrat primär mit Städteplanung und  
34 Straßenbau intensivst auseinandersetzt, während elementare Themen wie der Kita-  
35 Ausbau oder die Nachmittagsbetreuung von Schulkindern in die Ausschüsse  
36 geschoben und nur durchgewunken werden. Dabei hängt von dieser Versorgung so  
37 viel ab: Es geht darum, ob die Erziehungsberechtigten arbeiten gehen können, ob  
38 die Kinder Kontakt zu Gleichaltrigen haben und darum sie in ihrer Entwicklung  
39 bestmöglich zu fördern. In Nordrhein-Westfalen waren zum Stand vom 1. März 2019  
40 147.171 Kinder unter drei Jahren in einer Kindertageseinrichtung. Dies  
41 entspricht jedoch nur einer Versorgungsquote von rund 28 Prozent.

42 Die Versorgungssituation, insbesondere von Kindern unter 3 Jahren ist damit noch  
43 nichtmal zur Hälfte abgedeckt.

44 Es geht aber um noch mehr, als um die Frage, ob ausreichend Betreuungsplätze  
45 vorhanden sind. Es geht auch darum, mit welchen pädagogischen Konzepten die  
46 Einrichtungen arbeiten und welche Träger diese unterhalten. Nicht selten besteht  
47 die Trägerschaft in den Kommunen zum größten Teil aus kirchlichen  
48 Trägerschaften. Aus unserer Sicht braucht es ein vielfältiges Angebot von  
49 kirchlichen bis freien Trägern, die unterschiedliche Konzepte anbieten.  
50 Erziehungsberechtigte und Kinder sollen zwischen unterschiedlichen Konzepten und  
51 Trägern wählen können und nicht via Zufallsprinzip dem einzigen Möglichen  
52 Betreuungsplatz zugewiesen werden. Besonders wichtig ist es uns, unabhängig von  
53 der Trägerschaft, dass die Betreuungsangebote auf eine geschlechtersensible  
54 Erziehung achten und den Kindern, insbesondere in der frühkindlichen Bildung die  
55 Diversität deutlich machen und Kinder in keine heteronormativen Ansichten  
56 zwingen. Bei der Betreuung sollten die Bedürfnisse von Kindern aus nicht  
57 deutschsprachigen Haushalten besonders berücksichtigt werden.

58 Im Bereich der Nachmittagsbetreuung sieht der Ganztags-Erlass des Landes vor,  
59 dass Schulen eine Betreuungsmöglichkeit bis mindestens 15 Uhr sicherstellen  
60 müssen, sofern sie denn einen Ganztags anbieten. Viele Kinder bekommen allerdings  
61 keinen Ganztagsplatz, wodurch auch hier massive Betreuungslücken entstehen.  
62 Andererseits gibt es in vielen Kommunen sehr starre Betreuungssysteme, die eine

63 flexible Nachmittagsgestaltung für Familien kaum möglich macht.  
64 Freizeitangebote, weitere außerschulische Aktivitäten oder der Familienbesuch  
65 bei der Oma sind somit an feste Zeiten teils im späten Nachmittag gebunden.

66 Inhaltlich sind die Ganztagsangebot unterschiedlich aufgebaut. Wenn Kinder über  
67 den Mittag hinweg in der Schule bleiben, brauchen sie mindestens eine  
68 angemessene Hausaufgabenbetreuung und ein gesundes Mittagessen. Die  
69 Hausaufgabenbetreuung übernehmen häufig die Ganztags-Betreuungspersonen. Wenn  
70 möglich haben diese eine pädagogische Qualifikation oder Schulung, jedoch heißt  
71 das nicht, dass alle Mitarbeitenden auch dazu in der Lage sind, Schüler\*innen in  
72 ihren Lernprozessen zu begleiten.

73 Neben der Hausaufgabenbetreuung gilt es aber vorallem den Schüler\*innen  
74 vielfältige Freizeitangebote zu machen und sie beispielsweise auch in das  
75 Mittagessen einzubeziehen. Das Mittagessen sollte mit regionalen und saisonalen  
76 und, wenn möglich auch biologisch guten, Lebensmitteln hergestellt werden. Einen  
77 Beitrag kann dazu ein Schulgarten in Form von Gemüse- und Obstanbau bieten.  
78 Durch den Gartenanbau als Beitrag zur Selbstversorgung und auch durch selbst  
79 durchgeführte Kochprojekte, wird den Schüler\*innen nicht nur spielerisch eine  
80 gesunde und ausgewogene Ernährung beigebracht, sondern auch eine  
81 Freizeitaktivität angeboten.

82 Dies ist nicht nur im Kontext der schulischen Nachmittagsbetreuung denkbar,  
83 sondern auch bereits in der frühkindlichen Bildung möglich.

84  
85 Wir sehen die Kinderbetreuung als Teil der Grundversorgung an und setzen uns  
86 daher für ein langfristig kostenloses Angebot ein. Kurzfristig gilt es besonders  
87 die Haushalte mit geringerem Einkommen zu entlasten.

88 Als GRÜNE JUGEND NRW fordern wir für die Betreuung von klein auf:

- 89 • Eine Bedarfsdeckung in den Kommunen von 110 Prozent
- 90 • Eine ausgewogene Trägerlandschaft von freien, städtischen und kirchlichen  
91 Organisationen
- 92 • Bevorzugung von Trägern, die geschlechtersensible Konzepte anbieten
- 93 • Kindern die Möglichkeit geben in der Natur zu spielen und zu lernen,  
94 wöchentliche Wald- und Wanderausflüge für Kitas und Kindergärten  
95 verpflichtend machen
- 96 • Kauf von freien Flächen für Kitas

- 97 • Kurze Wege für kleine Füße, Bau von Kitas und Nachmittagsbetreuungen  
98 zentral an Wohnorten oder großen Arbeitgebern der jeweiligen Kommune  
99 planen
  
- 100 • Einbeziehung der kommunalen Sport und Kulturangebote für Kinder in die  
101 Nachmittagsbetreuung von Schüler\*innen
  
- 102 • Ausbau von Betreuungsräumen an Schulen
  
- 103 • Schulung und Qualifikation für Hausaufgabenbetreuung
  
- 104 • Flexible Betreuungszeiten im Nachmittagsbereich für Grundschüler\*innen
  
- 105 • Verwendung von saisonalen und regionalen Bioprodukten für die  
106 Essensverpflegung

107 **Kinder- und Jugendliche in der Kommune ernst nehmen!**

108 Als GRÜNE JUGEND NRW nehmen wir Kinder und Jugendliche in den Kommunen ernst.  
109 Wenn Entscheidungen für Kinder und Jugendliche getroffen werden, so geschieht  
110 dies allerdings in den allermeisten Kommunen über die Köpfe des betroffenen  
111 Personenkreises hinweg.

112 Unsere Gesellschaft besteht aus vielen Menschen. Die Mitgestaltung des Wohn- und  
113 Lebensumfeldes gibt die Möglichkeit, Prozesse besser zu verstehen. Gerade für  
114 Kinder und Jugendliche ist es oft nicht möglich an Entscheidungen teilzuhaben,  
115 da ihre Meinung oft als störend und unqualifiziert gilt. Daher ist es wichtig  
116 Kinder und Jugendliche durch partizipative Projekte in politische Entscheidungen  
117 einzubinden.

118 Das Potenzial kreative Lösungen zu finden, bringen junge Menschen von Natur aus  
119 mit. Lasst es uns nicht verkümmern und ausbremsen!

120 Wir brauchen partizipative Kinder und Jugendarbeit in den Kommunen. Eine bunte  
121 und vielfältige Umgebung bekommen wir nur, wenn wir alle mitnehmen. Warum sollen  
122 nicht die Kinder im Kindergarten mitentscheiden, wo das neue Klettergerüst im  
123 Außenbereich gebaut wird oder die Matschgrube entsteht. Wieso entscheiden  
124 Jugendliche nicht selber, welche Anforderungen und Aufgaben die zukünftige  
125 Jugendfreizeitstätte erfüllen muss.

126 Mit dem aktiven Kommunalwahlrecht ab 16 Jahren hat der Landesgesetzgeber  
127 jüngeren Menschen sein politisches Vertrauen abgesprochen, sich mit der Politik  
128 vor Ort verantwortungsbewusst auseinandersetzen zu können. Als GRÜNE JUGEND NRW

129 fordern wir die Absenkung des aktiven Wahlalters kommunal auf 14 Jahre. Die  
130 Möglichkeiten zur Absenkung des passiven Wahlalters soll geprüft werden.

131 In der Schule gibt es lehrplanbedingt leider nur wenig Raum für eine angemessene  
132 Auseinandersetzung mit Politik.

133 Umso mehr hängt die politische Bildung von Engagementmöglichkeiten abseits des  
134 Unterrichts ab. In Zeiten von Fridays for Future wird deutlich, das politisches  
135 Potential sowie Engagement in unserer Generation vorhanden ist. Um dieses  
136 Engagement zielstrebig zu fördern und der Jugend einen Raum in enger  
137 Zusammenarbeit mit den kommunalen Parlamenten zu bieten, sollten Kinder- und  
138 Jugendparlamente, welche sich aus Vertreter\*innen der örtlichen Schulen,  
139 Berufskollegen und Jugendeinrichtungen zusammensetzen, sowie aus Vertreter\*Innen  
140 der politischen Jugendorganisationen, in die politische Landschaft der Kommunen  
141 umgesetzt werden. Wir wollen den Kommunen dabei bewusst eine eigene  
142 Ausgestaltungsmöglichkeit des Wahlverfahrens geben. Dabei sollen nicht die  
143 Erwachsenen der jeweiligen Organisation für die Kinder und Jugendlichen  
144 sprechen, sondern die Kinder und Jugendlichen bilden das Kinder- und  
145 Jugendparlament selbst.

146 Ein solches Parlament darf aber nicht in der Symbolpolitik enden, indem es  
147 lediglich über sie selbst betreffende Entscheidungen berät. Das Kinder- und  
148 Jugendparlament soll über eigene Anträge abstimmen können und durch ein eigenes  
149 Budget handlungsfähig sein.

150 Wir fordern:

- 151 • Die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 14 auf kommunaler Ebene
- 152 • Eine echte Einbindung von Kinder und Jugendlichen in den Kommunen. Wir  
153 wollen bis 2024 einen Kinder- und Jugendrat in jedem Landkreis und jeder  
154 kreisfreien Stadt.
- 155 • Eine Zusammensetzung des Parlaments, welches die diversen Blickwinkel und  
156 Organisationen einer Kommune abbildet
- 157 • Ein eigenes Budget für Maßnahmen und Veranstaltungen im Sinne der Kinder-  
158 und Jugendlichen

159 **Schule ist nur Ländersache? Von wegen!**

160 Wie oft hört man von kommunalen Entscheidungsträger\*innen, dass es viele  
161 Misstände in den Schulen gäbe, sie selbst aber leider daran nichts ändern  
162 können. Dabei ist das vollkommener Quatsch! Eine Kommune hat in vielerlei

163 Hinsicht Einfluss darauf, in welcher Lernumgebung die Schüler\*innen lernen und  
164 aufwachsen und mit welchen Materialien und Hilfen. Unabhängig vom Stärkungspaket  
165 Schule 2020, ist es in kommunaler Verantwortung dafür sorgen, dass ausreichend  
166 Geld vorhanden ist, damit die räumliche Situation und Ausstattung in den Schulen  
167 auf einem guten Standard ist.

168 Die Realität sieht jedoch bitter aus: Zu wenig Sanitäreinrichtungen, teils völlig  
169 veraltet und nicht barrierearm, Klassenzimmer ursprünglich für 20 Schüler\*innen  
170 gebaut, heute mit rund 30 Menschen besetzt. Die Mängelliste ist endlos.

171 Aber auch die Situation der Lehrmittel ist gravierend. Kommunen dürfen sich  
172 nicht wegduckern, wenn sie von der Digitalisierung hören. Diese wird nicht  
173 kommen, sie ist bereits omnipräsent. Umso wichtiger, dass Schulen in diesem  
174 Bereich handlungsfähig werden und Schüler\*innen in Kompetenzen befähigen. Dabei  
175 endet der Weg hin zu einer digitalen Schule nicht dabei, den Vertretungsplan  
176 zukünftig auf einem Bildschirm anzuzeigen. Nicht zuletzt braucht es ausreichend  
177 Hilfsmittel und Hilfen, damit Schüler\*innen bestmöglich lernen und Erfahrungen  
178 machen können. Dies kann in Form von digitalen Lehrmitteln geschehen oder eben  
179 auch durch verstärktes Personal. Im inklusiven Setting sind alle Menschen vor  
180 Herausforderungen gestellt. Schüler\*innen wachsen in höchst individuellen  
181 Lebensverhältnissen auf, die im Kontext Schule aufeinandertreffen. Aber auch  
182 schon individuell betrachtet, muss der Zugang zu Unterstützung vorhanden sein.  
183 Eine Möglichkeit bietet sich hier durch die Schulsozialarbeit. Eine Kommune  
184 entscheidet letztlich darüber, ob und wieviele Stellen sie dafür einrichten  
185 wollen und bereit sind zu zahlen. Wir sehen jedoch auch das Land in der Pflicht,  
186 finanziell stark belastete Städte und Gemeinden bei der Finanzierung der Stellen  
187 zu unterstützen. Weitergehend brauchen einige Schüler\*innen intensivere  
188 Betreuung und Begleitung durch den Schulalltag. Hierfür gibt es die Möglichkeit  
189 eine 1:1-Betreuungssituation für den Schulkontext zu beantragen. Wenn die  
190 Bewilligung erfolgt, heißt dies jedoch noch lange nicht, dass die Unterstützung  
191 auch bezahlt wird. Viele Kommunen verweisen hier auf den LVR oder den LWL,  
192 jedoch übernehmen die Landschaftsverbände nicht in allen Fällen die Kosten.  
193 Kommunen dürfen sich ihrer Verantwortung in der Schule nicht entziehen!

194 Das Stärkungspaket Schule 2020 wurde als Unterstützung für die Digitalisierung  
195 und den Schulausbau geschaffen. Kommunen sollten damit die Möglichkeit bekommen,  
196 trotz wenig verfügbaren Ressourcen, Misstände zu verändern und Schulen zu  
197 stärken. Das Stärkungspaket darf dabei aber nicht so genutzt werden, dass es  
198 anstelle des vorher eingeplanten Geldes nun den Schuletat einer

199 Kommune gänzlich abbildet. Es darf nicht dazu kommen, dass Kommunen durch eine  
200 finanzielle Verschiebepolitik letztlich durch das Stärkungspaket den  
201 Straßenausbau besser finanzieren können.

202 Für die Schulen in den Kommunen fordern wir:

- 203 • Schulung der Digitalkompetenzen des Lehrpersonals sollte vor der  
204 Anschaffung neuer digitaler Medien priorisiert werden
  
- 205 • Personelle und materielle Ressourcen ausbauen, um digitale Kompetenz  
206 bereits in der Grundschule zu vermitteln und moderne Lehre zu fördern.
  
- 207 • Ausbau und Sanierung von Schulgebäuden
  
- 208 • Priorisierung der Sanierungen für Schulen, die auf Container ausweichen  
209 müssen
  
- 210 • Beibehaltung des eingeplanten kommunalen Schuletats ohne Verschiebung  
211 durch Schule 2020

212 **Die Zeit läuft- für die Menschen!**

213 Wir als GRÜNE JUGEND NRW treten für eine soziale und familienfreundliche Politik  
214 ein. Viele Familien stehen im Allgag vor der Hürde Arbeit und Familie unter  
215 einen Hut zu bringen: Oft öffnet die KITA erst um 8 Uhr aber der Arbeitstag  
216 beginnt schon um halb 8, wenn ein wichtiges Meeting ansteht, kann man es sich  
217 nicht erlauben eine halbe Stunde später zu kommen. Das Kind kann aber auch nicht  
218 alleine in die KITA gehen. Es braucht KITA-Öffnungszeiten, welche sich nach den  
219 Arbeitszeiten der Eltern richten!

220 Auch stellt sich die Frage, ob die örtliche Müllabholung genau dann stattfinden  
221 muss, wenn hunderte Kinder morgens im Bus zur Schule sitzen und aufgrund der  
222 Verkehrssituation dann zu spät erscheinen. In einer Kommune arbeiten viele  
223 unterschiedliche Akteur\*innen und Organisationen, die unterschiedlichste  
224 Aufgaben und Interessen vertreten. Anstatt aneinander vorbei zu arbeiten, wäre  
225 es sinnvoll die unterschiedlichen Vertreter\*innen an einen Tisch zu bringen und  
226 über die Zeitökonomie der Kommune zu diskutieren, Absprachen zu treffen und sich  
227 zu koordinieren.

228 Sonntags ist Ruhetag und die Pläne für den nächsten Familien-Trip stehen auch  
229 schon fest. Wie ärgerlich, dass das kommunale Parlament dann aber beschließt,  
230 genau diesen Sonntag als verkaufsoffenen Sonntag auszuscheiden, weil ein großes  
231 Event an diesem Wochenende in der Stadt ansteht. In so einer Situation waren  
232 dieses Jahr millionende Menschen, welche an einem Sonn- und Feiertagen arbeiten  
233 mussten.

234 Wir finden Sonn- und Feiertage müssen Ruhetage sein.

235 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert deshalb:

- 236 • Eine familienfreundliche Zeitpolitik in der Kommune
- 237 • Flexible Öffnungszeiten der KiTas
- 238 • Verbot einer Arbeitspflicht für verkaufsoffener Sonn- und Feiertage
- 239 • kommunale Zeitbüros um die städtischen Abläufe zu koordinieren

240 **Für eine feministische Kommune!**

241 Als GRÜNE JUGEND NRW streiten wir für eine Gesellschaft, welche allen Menschen  
242 unabhängig ihres Geschlechts politische und soziale Teilhabe ermöglicht.

243 Unser Kampf für eine geschlechtergerechte Gesellschaft macht dabei natürlich  
244 auch nicht vor den Kommunen halt.

245 Denn nicht nur im deutschen Bundestag ist der Frauen\*anteil so gering wie lange  
246 nicht mehr sondern auch in den lokalen Parlamenten und in den wichtigen Stellen  
247 der Verwaltung sind Frauen\* unterrepräsentiert. Dabei wohnen im Land und in der  
248 Stadt mindestens zur Hälfte Frauen\*!

249 Zu einer feministischen Kommune gehören natürlich nicht nur Quotierungen von  
250 Spitzenposten und der Räte.

251 Vielmehr müssen auch der Haushalt und die städtischen Investitionen einer  
252 Geschlechtergerechtigkeit zugute kommen, etwa durch konsequentes Gender  
253 Budgeting.

254 Auch an anderer Stelle müssen die Städte Sexismus im öffentlichen Raum  
255 bekämpfen.

256 Viele Supportstrukturen für Frauen\*, etwa Frauen\*häuser, sind in kommunaler Hand  
257 oder werden von den Kommunen finanziell unterstützt. Gerade hier muss noch viel  
258 getan werden. So gibt es zu wenige Frauen\*häuser, die oftmals unterfinanziert  
259 sind und zu wenige Plätze bieten.

260 Auch andere, oftmals autonome Safe Spaces und andere Supportstrukturen für  
261 Frauen\*, brauchen eine bessere finanzielle und räumliche Unterstützung durch die  
262 Kommunen.

263 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:



- 264 • Einen Gleichstellungsausschuss in jeder Stadt und jedem Kreis
- 265 • Eine geschlechtergerechte Besetzung von Gremien und Verwaltungsstellen
- 266 • Ein kommunales Parité-Gesetz für Parteilisten mit Sanktionsmöglichkeiten
- 267 • Eine konsequente Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung  
268 von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
- 269 • Gender Budgeting in jeder Kommune
- 270 • Das Verbot sexistischer Werbung sowie von Werbung, in der Personen  
271 Objektiviert werden, auf städtischen Werbeflächen
- 272 • Einen Ausbau von Plätzen in Frauen\*häusern, zudem eine bessere  
273 Finanzierung dieser. Ebenso fordern wir ein flächendeckendes  
274 Schutzraumangebot für Inter- und Transpersonen. Zudem begrüßen wir den  
275 Ausbau von Unterbringungskapazitäten für die Kinder, der Schutzsuchenden,  
276 auch für minderjährige jugendliche Söhne in Rücksprache mit den  
277 Betroffenen.
- 278 • Eine bessere Unterstützung für freie und autonome Supportstrukturen für  
279 Frauen\*
- 280 • Kosten für Verhütungsmittel für arme Frauen\* müssen von allen Kommunen  
281 übernommen werden, bis es ein Bundes- oder Landesgesetz gibt, dass die  
282 Kosten für Verhütung von den Krankenkassen unabhängig vom Alter der  
283 betroffenen Person übernommen werden.

#### 284 **Für sicheren Drogenkonsum statt Pathologisierung**

285 Der §3 des Betäubungsmittelgesetzes bietet die Möglichkeit Forschungsprojekte  
286 ins Leben zu rufen und kontrollierte Abgabestellen für Cannabis und andere  
287 Drogen unter medizinischen sozialen und gesundheitlichen Aspekten zu erforschen.  
288 Uns ist bewusst, dass dies noch lange keine Legalisierung von Drogen darstellt  
289 und werden weiter dafür kämpfen, jedoch sehen wir in diesen Modellprojekten die  
290 Chance einen Schritt in die richtige Richtung zu gehen und die gesellschaftliche  
291 Akzeptanz für Abgabestellen zu fördern.

292 Wir fordern Prävention statt Scherben aufsammeln. Mit Schutzräumen für  
293 Drogenkonsum mit Tauschmöglichkeiten von Spritzen wird präventiv gegen die  
294 Verbreitung von Krankheiten durch benutzte Spritzen vorgegangen und eine  
295 medizinische Versorgung von Suchtkranken unterstützt. Einige Städte haben diese

296 Schutzräume schon und berichten Gutes.

297 Es braucht auch vermehrt Drug-Checking-Angebote, an denen Konsument\*innen ihre  
298 Drogen auf mögliche Verunreinigungen und gesundheitliche Risiken testen können.

299 Wir wollen ein Ende der Repression gegen Drogenkonsument\*innen und fordern  
300 stattdessen umfangreiche Prävention, Aufklärungsarbeit und Sozialhilfe.

301 Daher fordert die GRÜNE JUGEND NRW:

302 • Schutzräume für Drogenkonsum mit kostenlosen Tauschmöglichkeiten für  
303 Spritzen

304 • kontrollierte Abgabe von Cannabis unter medizinischen, gesundheitlichen  
305 und sozialen Aspekten nach Wuppertaler Vorbild des Forschungsprojektes  
306 "Resolution"

307 • Drug-Checking in jeder Kommune

308 **Die Häuser denen, die drin wohnen!**

309 Das Leben in der Stadt ist für viele Menschen nicht mehr bezahlbar. Die Mieten,  
310 gerade in den Großstädten, steigen rasant an. Das führt einerseits dazu, dass  
311 ein erheblicher Teil des Einkommens für die Miete aufgewendet werden muss,  
312 andererseits zu einer großen Verdrängungsbewegung von Menschen mit geringerem  
313 Einkommen aus der Innenstadt und Innenstadt-nahen Stadtteilen an die Ränder und  
314 in das Umland.

315 Anstatt mehr Sozialwohnungen und anderen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wird  
316 in vielen Städten luxussaniert und es werden Luxuswohnungen gebaut, die die  
317 Situation nur noch verschärfen.

318 Für uns ist klar: Wohnraum muss für alle da sein und nicht nur für die reichsten  
319 Teile der Bevölkerung!

320 Die Frage von bezahlbarem Wohnraum ist eine der brennendsten sozialen Fragen  
321 unserer Zeit. Wir müssen die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft  
322 sicherstellen.

323 Gerade deshalb kann es nicht sein, dass große Wohnungsbauunternehmen Wohnungen  
324 nur als Mittel der Profitmaximierung oder als Spekulationsobjekte sehen.

325 Gerade weil auch immer mehr Menschen in die Städte ziehen, dürfen Wohnhäuser

326 nicht jahrelang leer stehen.

327 Viele Menschen in Nordrhein-Westfalen sind aus verschiedensten Gründen von  
328 Obdachlosigkeit betroffen. Gerade in einer so reichen Gesellschaft ist das  
329 skandalös.

330 Anstatt Menschen in Obdachlosigkeit zu unterstützen, kriminalisieren und  
331 dranglasieren sie einige Kommunen sogar noch. Wenn Hilfe kommt, dann an vielen  
332 Stellen nur von freien sozialen Träger\*innen, oft jedoch nicht von städtischen  
333 Stellen. Die Notunterkünfte sind oftmals überlastet und unterfinanziert.

334 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND NRW:

- 335 • Einen wirksamen Mietendeckel
- 336 • Langfristige Sozialbindung für Neubauten und nachträglich für bestehenden  
337 Wohnraum
- 338 • Eine flächendeckende Nutzung von kommunalen Vorkaufsrechten
- 339 • Den Wohnungsbau in die öffentliche Hand statt an große Investor\*innen,  
340 v.a. durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften
- 341 • Den Vorzug und vermehrte Planung von Nachverdichtungsmaßnahmen anstelle  
342 von neuer Wohnraumausweisung an den Stadträndern, um flächensparsam neuen  
343 Wohnraum zu schaffen
- 344 • Solidarität mit Hausbesetzer\*innen, die auf die prekäre Lage aufmerksam  
345 machen
- 346 • Kurzfristig mehr kostenlose Notunterkünfte, auch in kommunaler  
347 Trägerschaft
- 348 • Mehr finanzielle und personelle Unterstützung für freie soziale  
349 Träger\*innen
- 350 • Ein sofortiges Ende der Drangsalierung von obdachlosen Menschen
- 351 • Langfristig flächendeckende "Housing First" Programme

352 **Für eine offene und lebendige Gesellschaft**

353 Zu einem lebenswerten Ort gehört auch eine stabile Gesellschaft.

354 Gerade in Zeiten des Rechtsrucks und zunehmenden autoritären Tendenzen ist es  
355 umso wichtiger, auch vor Ort für eine offene und bunte Gesellschaft zu  
356 kämpfen. Kommunen können sich aktiv an der Rettung von Menschen in Seenot  
357 beteiligen, indem sie sich für die Aufnahme von seenotgeretteten Menschen vor  
358 Ort einsetzen. In vielen Kommunen wird auf diesem Weg bereits ihre Solidarität  
359 und Verantwortung gezeigt. So sind bereits 27 Kommunen in NRW sogenannte  
360 "Sichere Häfen". Auch wenn die jeweiligen Erklärungen unterschiedlich weit  
361 gehen, zeigen die Ratsbeschlüsse dennoch alle, dass sich Städte, Gemeinden und  
362 Landkreise gegen das Sterben im Mittelmeer und die Kriminalisierung von  
363 Seenotretter\*innen engagieren. Das ist aber noch lange nicht genug. Gemeinsam  
364 müssen wir entschlossener für Menschenrechte eintreten, denn jede Kommune kann  
365 etwas bewegen. Und es macht einen gewaltigen Unterschied, ob sich lediglich  
366 einzelne Kommunen solidarisieren oder NRW zum "Sicheren Hafen" wird.

367 Egal ob in der Stadt oder auf dem Land, die Zivilgesellschaft braucht Geld.  
368 Demos zu organisieren, Bildungsveranstaltungen zu veranstalten oder ökologisch-  
369 progressive Initiativen durchzuführen ist kostspielig und doch so wichtig für  
370 eine lebendige und partizipative Gesellschaft und auch Faschist\*innen bekämpfen  
371 sich nicht von allein.

372 Hierfür braucht es auch finanzielle Hilfe von vor Ort.

373 Gerade in ländlichen Räumen fehlt es zudem an Safe-Spaces und Supportstrukturen  
374 für (junge) queere\* Personen.

375 Oftmals scheitert es jedoch gar nicht nur am Geld. Gerade freie Kulturangebote,  
376 alternative Jugendzentren, AZs und anderen unkommerziellen Träger\*innen fehlt es  
377 an Räumen. Entweder, weil die Städte die Nutzung von Räumen gerade für linke  
378 Gruppen verweigern oder weil sie rausgeworfen werden.

379 Dabei sind unkommerzielle Räume wichtig für eine stabile Gesellschaft und  
380 Anlaufstelle für links-alternative Gruppen, v.a. für Gruppen von FIT\* und POC.

381 Auch müssen wir die freie Kulturszene stärken. Gerade kleine, alternative  
382 Kulturprojekte leiden unter der Kommerzialisierung aller Lebensbereiche. Oftmals  
383 können sie sich keine teure Mieten für Räume und Veranstaltungssäle leisten oder  
384 werden durch größere Anbieter\*innen verdrängt. Freie Träger\*innen sind zudem oft  
385 stärker von Kürzungen im Budget betroffen als städtische Institutionen.

386 Ebenso wichtig wie die Förderung der freien und alternativen Kulturszene ist  
387 eine kulturelle Grundversorgung.

388 Dazu gehört, dass in Stadtteilen und Dörfern die Kultur nicht abwandert. Gerade  
389 Angebote wie Stadtteilbibliotheken, Bücherbusse, aber auch Theater oder (kleine)  
390 Kinos.

391 Kulturelle Angebote, gerade die städtischen, müssen dabei für alle Menschen  
392 zugänglich sein.

393 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND NRW:

- 394 • Solidarität aller Kommunen mit seenotgeretteten Menschen durch die  
395 Umsetzung "Sichere Häfen"
  
- 396 • Kommunale Fördermitteltöpfe für zivilgesellschaftliches Handeln, v.a. für  
397 antifaschistische und antirassistische Initiativen und sozio-ökologischen  
398 Projekte
  
- 399 • Flächendeckende Supportstrukturen für LGBTIQ\*
  
- 400 • AZ bleibt! Egal ob in Köln, Wuppertal oder sonst wo müssen autonome  
401 Zentren erhalten bleiben.
  
- 402 • Mehr mietfreie oder günstige kommunale Räume für alternative und  
403 unkommerzielle Gruppen
  
- 404 • Mehr Fördermittel für kleine, alternative Kunstprojekte und  
405 Kulturschaffende
  
- 406 • Die Ausweisung bestimmter städtischer Bauwerke als Graffiti-Wände und ein  
407 Ende der Kriminalisierung von (jungen) Graffiti-Künstler\*innen

408 **Kollidierender Änderungsantrag:**

- 409 • Eine kulturelle Grundversorgung, egal ob in der Stadt oder auf dem Land
  
- 410 • Den Zugang zu Kultur und Bildung für alle Menschen

411 **Die Verkehrswende beginnt vor Ort!**

412 Die Verkehrswende ist eine der größten transformativen Herausforderungen für das  
413 nächste Jahrzehnt. Sie ist unbedingte Voraussetzung für die Begrenzung der  
414 mittleren Erderwärmung auf 1,5°C. Egal ob Metropole oder ländlicher Raum - den  
415 Kommunen kommt eine Schlüsselrolle für eine gelingende Verkehrswende zu. In den

416 nächsten fünf Jahren müssen die Weichen für eine Abkehr vom Automobil, mehr  
417 Radverkehr und einen besseren öffentlichen Nahverkehr gestellt werden.

418 In den Innenstädten ist die Luft zu schlecht zum Atmen und die Asphaltwüsten  
419 sorgen für unerträgliche Hitzeinseln in Sommer. Auf dem Land fährt der letzte  
420 Bus viel zu oft schon um 16 Uhr, wenn überhaupt einer fährt. Dabei vertieft  
421 unser jetztiges Mobilitätssystem soziale Ungerechtigkeit. An den besonders  
422 belasteten Hauptstraßen sind Mieten oftmals niedriger, weshalb dort eher  
423 Menschen wohnen, die wenig Geld zur Verfügung haben. So werden insbesondere arme  
424 Lärm und Luftverschmutzung ausgesetzt. Unter einem schlechten ÖPNV-Angebot  
425 leiden ebenfalls insbesondere arme Menschen, Kinder und Senior\*innen. Diese  
426 soziale Ungerechtigkeit ist für uns nicht länger hinnehmbar!

427 Die Metropolen und Großstädte in Nordrhein-Westfalen sind die  
428 Kristallisationspunkte jahrzehntelanger automobil-fixierter Mobilitätspolitik  
429 und Planung. Die Folgen für die menschliche Gesundheit, Welt- und Mikroklima  
430 sowie die Lebensqualität sind dort fatal.

431 Aber auch die Menschen, die im ländlichen Raum zu Hause sind, leiden unter der  
432 Angewiesenheit auf ein Auto und dem ausgedünnten bis nicht vorhandenen ÖPNV.

433 Die Verkehrswende gelingt nur, wenn Stadt und Land sie gemeinsam angehen. Wir  
434 machen Schluss mit einer Mobilitätsdebatte, die die unterschiedlichen  
435 Mobilitätsbedürfnisse gegeneinander ausspielt!

436 Ein wichtiger Baustein für eine gelingende Verkehrswende ist eine  
437 flächendeckende sichere Fahrradinfrastruktur. Es braucht breite Radwege, welche  
438 Radfahrer\*innen wirksam vor schnellerem sowie ruhendem motorisierten  
439 Individualverkehr schützen. Grüne Wellen sollten auf das Fahrrad abgestimmt  
440 werden. Auch in ländlicheren Regionen kann das Fahrrad eine Alternative zur  
441 Fahrt mit dem Auto darstellen, wenn es ein Radwegenetz mit sicheren, gut  
442 einsehbaren Kreuzungspunkten gibt. In der kommunalen Planung muss dem Radverkehr  
443 künftig Priorität eingeräumt werden, insbesondere dort, wo Verbesserungen für  
444 das Fahrrad nur auf Kosten des Autoverkehrs umgesetzt werden können.

445 Auch der öffentliche Nahverkehr muss fit gemacht werden für eine weitgehend  
446 postautomobile Zukunft.

447 Im ländlichen Raum sowie in suburbanen Regionen Nordrhein-Westfalens kann die  
448 Digitalisierung einen besonderen Beitrag dazu leisten, einen enormen  
449 Angebotsmehrwert mit smarten Rufbus-Systemen im ÖPNV zu realisieren. Ohne feste  
450 Linienwege können unkompliziert Fahrten zwischen einer Vielzahl an virtuellen  
451 Haltestellen bestellt und ohne einen festen Fahrplan abgewickelt werden.

452 In den Ballungsräumen sind vielerorts Busse, Straßen- und Stadtbahnen bereits an  
453 der Auslastungsgrenze. Es braucht den Neu- und Ausbau von Straßenbahn- und  
454 Stadtbahnnetzen sowie die zusätzliche Buslinien und dichtere Takte.

455 Wichtig ist auch, die kommunalen ÖPNV-Netze optimal miteinander über Stadt- und  
456 Gemeindegrenzen hinweg zu verzahnen. Auch sprechen wir uns für Fusionen von  
457 kommunalen Verkehrsbetrieben aus, um Synergieeffekte bei Betrieb, Planung,  
458 Instandhaltung und Beschaffung zu erzielen.

459 Damit die Verkehrswende auch zu Mobilitätsgerechtigkeit führt, braucht es aus  
460 unserer Sicht mittelfristig einen umlagefinanzierten öffentlichen Nahverkehr als  
461 Projekt der Daseinsvorsorge.

462 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 463 • Flächendeckende sichere Radwege und Abstellmöglichkeiten
- 464 • Grüne Welle fürs Fahrrad
- 465 • Eine massive Kapazitätsausweitung im ÖPNV
- 466 • Eine attraktives, flächendeckendes ÖPNV-Angebot rund um die Uhr in Stadt  
467 und Land
- 468 • Mittelfristig einen umlagefinanzierten ticketlosen öffentlichen  
469 Nahverkehr. Bis dahin müssen einheitliche Ticketpreise bestehen, die sich  
470 nicht an kommunale Gebietsgrenzen, Verkehrsverbundgrenzen oder  
471 Ländergrenzen orientieren.
- 472 • Eine fortlaufende Reduktion der Autoparkplätze im öffentlichen Raum

### 473 **Freiraum für alle!**

474 Kommunen verwalten einen Großteil des öffentlichen Raums. Das muss so bleiben.  
475 Jedoch darf das nicht heißen, dass Kommunen diesen Raum ausschließlich  
476 zubetonieren und zubauen. Eine vielfältige Gesellschaft braucht Platz, den alle  
477 gesellschaftlichen Gruppen nutzen und mitgestalten können.

478 Bei der Nutzung dieses Raumes kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen  
479 unterschiedlichen Interessensgruppen. Oft reagieren die Verwaltungen auf solche  
480 Konflikte mit einseitigen Verboten (wie zum Beispiel Alkohol- und Skateverbote),  
481 die das Problem nicht lösen, sondern verlagern. Wir wollen stattdessen eine  
482 Kultur der gegenseitigen Rücksichtnahme einführen. Dazu muss es einen Dialog

483 zwischen der Verwaltung und den verschiedenen Interessensgruppen aus der  
484 Gesellschaft geben. Wir sind überzeugt: Wenn Menschen gemeinsam konstruktiv nach  
485 Lösungen suchen, werden Probleme besser gelöst als durch einseitige Verbote!

486 In vielen Städten gibt es große Probleme, Räumlichkeiten für Treffen zu finden.  
487 Egal ob Gründer\*innen diverser Gruppen, politisch Aktive, oder sozial Engagierte  
488 – sie alle brauchen Räume, in denen sie sich treffen, mit anderen vernetzen und  
489 diskutieren können. Wir fordern die Kommunen daher auf, für ein ausreichendes  
490 und kostenloses Angebot an Räumen und Treffpunkten gerade für junge Menschen zu  
491 sorgen. Ein weiteres Mittel, um kostengünstige Räume bereit zu stellen, bieten  
492 kommunale Zwischennutzungskonzepte. Unabhängig von ihrer Nutzung ist es wichtig,  
493 dass diese Räume barrierefrei und familienfreundlich sind. Dazu zählen Rampen,  
494 Leitsysteme zu den Räumen und Wickelplätze nicht nur für Frauen\*.

495 Als GRÜNE JUGEND NRW sprechen wir uns entschieden gegen die schleichende  
496 Privatisierung des öffentlichen Raumes aus. Diese Entwicklung wird insbesondere  
497 durch den Bau von Einkaufszentren vorangetrieben. Öffentlicher Raum muss für  
498 alle Menschen zugänglich bleiben und frei von Konsumzwang sein.

499 Gerade in Großstädten ist der öffentliche Raum jedoch knapp. Deswegen möchten  
500 wir unsere Innenstädte von der automobilen Belagerung befreien und setzen uns  
501 des weiteren für autofreie Quartiere ein. So steigt Luft- und Lebensqualität für  
502 alle.

503 Öffentliche Plätze und Verweilmöglichkeiten tragen entschieden dazu bei, dass  
504 eine Verinselung vermieden wird und bieten Raum zur Begegnung. Besonders die  
505 ländlichen Regionen benötigen mehr Raum, um sich zu vernetzen und Raum, um  
506 miteinander ins Gespräch zu kommen. Dabei reicht es allerdings nicht aus, diese  
507 Plätze ausschließlich mit zwei Bänken auszustatten. Öffentliche Plätze brauchen  
508 Mobiliar, welches zum Verweilen einlädt, unterschiedliche Personengruppen  
509 anspricht und den Wetterverhältnissen angepasst ist. So kann es nicht sein, dass  
510 Begegnungsplätze gegen Spielplätze ausgespielt werden, sondern müssen zusammen  
511 gedacht werden.

512 Letztlich geht es bei der Raumfrage auch darum, wie die Aufenthaltsqualität  
513 einer Kommune ist. Nicht selten scheitert die Aufenthaltsqualität an  
514 verschmutzten Böden und hinterlassenem Müll. Kommunen sind in der Verantwortung  
515 sicherzustellen, dass Stadtraum eben Lebensraum ist und hat Sorge dafür zu  
516 tragen, dass beispielsweise leere Alkoholflaschen für Kinder nicht zugänglich  
517 herumstehen und Essensreste und Co. von Tieren nicht konsumiert werden können.

518 Eine Kommune kann aber durchaus so gestaltet sein, dass Teile essbar sind. So  
519 ist denkbar, dass Kommunen Obstbäume auf öffentlichen Plätzen pflanzen oder  
520 an/auf öffentlichen Gebäuden Gemüse anbauen. Konzepte wie die Essbare Stadt  
521 begrüßen wir daher.



522 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 523 • Dialogische Lösung von Nutzungskonflikten ohne einseitige Verbote und  
524 Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen
- 525 • ein ausreichendes und kostenloses Angebot an Räumen, Treffpunkten,  
526 Spielplätzen und Verweilmöglichkeiten, welche familienfreundlich und  
527 barrierefrei sind
- 528 • Förderung von Zwischennutzungskonzepten
- 529 • Legalisierung und Förderung von Urban-Gardening im Sinne des Konzeptes der  
530 Essbaren Stadt
- 531 • Autofreie Innenstädte und Quartiere
- 532 • Keine zusätzliche Privatisierung des öffentlichen Raumes
- 533 • Die Schaffung von Raum und Akzeptanz für Subkultur und Kunst (z.B.  
534 Spraykunst)
- 535 • adäquate Müllsysteme für Stadt und Land bspw. mit Pfandringen für Flaschen
- 536 • Angemessene Saktionen für das rücksichtlose Wegwerfen von Müll (bspw.  
537 Tüten, Kaugummis oder Zigarettensstummeln) und Durchsetzung durch die  
538 entsprechenden Ordnungsämter

539 **Grün statt grau- Wir machen die Kommunen zu Vorreiterinnen der ökologischen**  
540 **Wende**

541 Die Asphaltwüsten in unseren Städten begünstigen die Bildung von Hitze-Spots. In  
542 Zeiten der Klimakrise ist es das Gebot der Stunde, diese Hot-Spots so weit wie  
543 möglich zu reduzieren. Insbesondere Senior\*innen und Kinder leiden besonders  
544 stark unter Hitzeperioden. Deswegen müssen erhebliche Teile des Straßenraumes  
545 entsiegelt und begrünt werden. Neben Parkanlagen ist auch die Begrünung von  
546 Dächern und Fassaden eine wirksame Maßnahme gegen Überhitzung.  
547 Frischluftschneisen sind unbedingt planerisch zu sichern.

548 Vor diesem Hintergrund setzen wir uns auch für das Konzept der Schwammstadt ein.  
549 Es ist Voraussetzung dafür, Bäume in Städten fit zu machen für Dürreperioden  
550 indem es Wasser dort speichert, wo es bei langanhaltender Trockenheit benötigt  
551 wird.

552 Bei der ökologischen Wende unserer Gesellschaft können und müssen die Kommunen  
553 Vorreiterinnen sein. Die Stromversorgung in Rathäusern, Verwaltungsbauten und  
554 allen anderen öffentlichen Gebäuden muss ökologisch verträglich sein. Dafür muss  
555 dort 100% Ökostrom fließen und die Gebäude müssen zum Standard von  
556 Niedrigenergiehäusern umgebaut werden. Weiterhin fordern wir die kommunalen  
557 Verwaltungen auf, sich zu ökologisieren.

558 Durch eine Abschaffung des Dienstwagenprivilegs und ein Hinarbeiten auf  
559 Umstellung in eine emissionsfreie Dienstwagenflotte sowie die Anschaffung von  
560 Dienstfahrrädern können erhebliche Umweltbelastungen verringert werden.

561 Eine gelingende Energiewende ist in Bürger\*innenhand! Falls möglich, sollen die  
562 Kommunen die Stromnetze und Stadtwerke rekommunalisieren. Stadtwerke können  
563 Motoren der Energiewende sein. Hier müssen Kommunen ihre Einflussmöglichkeiten  
564 ausschöpfen. Auf öffentlichen Gebäuden ist zudem ein enormes Potenzial an  
565 Photovoltaikanlagen, das die Kommunen nutzen sollen! Damit verbunden wären eine  
566 Stabilisierung der Stromkosten und eine größere Unabhängigkeit von  
567 zentralistischen Großunternehmen, die nur ihren eigenen Profit im Fokus haben.

568 Wälder spielen für unsere Erde und auch für die Lebensqualität der Menschen in  
569 jeder Kommune eine große Rolle. Daher fordern wir eine naturnahe  
570 Forstwirtschaft. Außerdem sollen ungenutzte Flächen sinnvoll umgestaltet oder  
571 sich selbst überlassen werden, um viele unterschiedliche Lebensräume für Tier-  
572 und Pflanzenarten zu ermöglichen.

573  
574 Die Klimakrise ist längst Realität und wir alle bekommen sie zu spüren: Ob  
575 durch geringere Ernte aufgrund von Dürre oder die Austrocknung des Teichs um die  
576 Ecke. Die Folgen sind fatal und werden definitiv nicht geringer werden, außer wir  
577 fangen jetzt an zu handeln. Klimapolitik findet nicht nur in den Bundes oder  
578 Landesparlamenten statt sondern auch in den Kommunalparlamenten. Klima relevante  
579 Entscheidungen werden hier in allen Sektoren getroffen: Ob bei der Planung von  
580 Gebäuden oder dem ÖPNV- Angebot. Eine Rückssichtnahme und Orientierung an den  
581 Klimazielen von Paris ist zwingend, um die Städte so klimafreundlich wie möglich  
582 zu gestalten.

583 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 584 • Die Entsiegelung von öffentlichem Raum, wo dies die Nutzung des Raums  
585 nicht beeinträchtigt
  
- 586 • Die Schaffung neuer Parkanlagen
  
- 587 • Sicherung von Frischluftschneisen

- 588 • Vorschreiben von Photovoltaikanlagen sowie Dach- und Fassadenbegrünungen,  
589 wo immer es möglich ist.
  
- 590 • Ein Verbot von Steingärten mit Ausnahme solcher, die einen ökologischen  
591 Nutzen haben.
  
- 592 • Umsetzung des Konzeptes der Schwammstadt
  
- 593 • Ökologisierung der Verwaltungen
  
- 594 • Umstellung der kommunalen Fahrzeugflotten hin zu Diensträdern sowie  
595 emissionsfreien Fahrzeugen
  
- 596 • Die Stadtwerke und lokalen Stromnetze in kommunaler Hand
  
- 597 • Energetische Sanierungen der kommunalen Gebäude
  
- 598 • Photovoltaikanlagen auf kommunalen Gebäuden
  
- 599 • Ökologische Bewirtschaftung von kommunalem Wald
  
- 600 • Ausrufung des Klimanotstands mit Rücksichtnahme auf die Klimazielen von  
601 Paris in jedem Kommunalparlament